

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 36/0349/WP17
Federführende Dienststelle:		Status:	öffentlich
Fachbereich Umwelt		AZ:	
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum:	21.02.2019
		Verfasser:	36/100
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 12.02.2019 (öffentlicher Teil)			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
02.04.2019	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 12.02.2019 (öffentlicher Teil).

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		X	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Folgekos- ten (alt)	Folgekos- ten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Anlage:

Niederschrift vom 12.02.2019 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

12. März 2019

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.02.2019
Sitzungsbeginn:	17:02 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal im Fachbereich Umwelt, Reumontstraße 3

Anwesende:

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Ferdinand Corsten

Ratsherr Ralf Demmer

Ratsherr Christian Krenkel

als Vertreter für Ratsherrn Gilson

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Jürgen Schmitz

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

Ratsherr Peter Blum

als Vertreter für Herrn Dr. Brodowski

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 1/16

Ratsherr Hans Leo Deumens	als Vertreter für Herrn Hildmann
Ratsfrau Nathalie Koentges	als Vertreterin für Herrn Helmig
Herr Arno Lennartz	
Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg	
Herr Dirk Szagunn	
Herr Martin Knörzer	
Herr Marco Terporten	
Frau Kornelia Feilgenhauer	als Vertreterin für Frau Seidenberg
Herr Dieter Formen	
Ratsfrau Mara Lux	

Abwesende:

Ratsherr Alexander Gilson	- entschuldigt -
Ratsfrau Fabia Kehren	- entschuldigt -
Herr Dr. Nils Brodowski	- entschuldigt -
Herr Georg Grooten	- entschuldigt -
Herr Veith Helmig	- entschuldigt -
Herr Tim Hildmann	- entschuldigt -
Herr Jöran Stettner	- entschuldigt -
Frau Elke Bohrer	- entschuldigt -
Herr Safi Özbay	18:35 Uhr - 19:00 Uhr

von der Verwaltung:

Herr Dr. Markus Kremer (Dez.V)
Herr Elmar Wiezorek (FB 36)
Herr Klaus Meiners (FB 36)
Herr Eckhard Larosch (B 03)
Herr Norbert Etheber (FB 61)
Herr Harald Beckers (FB 13)
Herr Michael Rischka (FB 36)

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019
Seite: 2/16

Herr Dr. Winfried Engels (FB 36)

als Schriftführer:

Herr Horst Pütz (FB 36)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 13.11.2018 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0304/WP17-1

- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 11.12.2018 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0334/WP17

- 4 **Lärmschutz Driescher Hof - Beratung im Bürgerforum**
Vorlage: FB 36/0343/WP17

- 5 **Ökofaire Beschaffung**
Vorlage: FB 36/0342/WP17

- 6 **Energie- und CO2-Bilanz 2017**
Vorlage: FB 36/0344/WP17

- 7 **Biologische Vielfalt in Aachens Agrarlandschaft erhalten**
Ratsantrag der GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Aachen vom 06.02.2017 (Nr. 247/17)

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 3/16

Vorlage: FB 36/0345/WP17

- 8 Inklusives Spielen – Einrichtung einer Rollstuhlfahrerschaukel - hier Ratsantrag der Ratsfrau Lux, AfD, vom 16.10.2018 (Nr. 404/17)**

Vorlage: FB 36/0340/WP17

- 9 Mehr Trampoline auf öffentlichen Spielplätzen
Ratsantrag der Allianz für Aachen vom 03.07.2018 (Nr. 376/17)**

Vorlage: FB 36/0341/WP17

- 10 Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 13.11.2018 (nicht-öffentlicher Teil):**

Vorlage: FB 36/0305/WP17-1

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 11.12.2018 (nicht-öffentlicher Teil):**

Vorlage: FB 36/0335/WP17

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 4/16

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE), eröffnet um 17:02 Uhr die öffentliche Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Der Ausschuss stimmt der vorliegenden Tagesordnung einvernehmlich zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 13.11.2018 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0304/WP17-1

Herr Formen (NABU) erklärt, dass er in der Anwesenheitsliste des AUK am 13.11.2018 fehlen würde, obwohl er an der Sitzung teilgenommen habe.

Ferner sehe er seine Fragen zu den Baumarten in der Baumschutzsatzung (TOP Nr. 12 AUK am 13.11.2018) als nicht abschließend beantwortet an.

Ratsherr Corsten (CDU) erinnert daran, dass es sich bei den Niederschriften des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz nicht um Wortprotokolle handele und alle maßgeblichen Aspekte angesprochen und geklärt wurden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 13.11.2018 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig genehmigt bei 6 Enthaltungen.

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 5/16

Ergänzend wird noch über die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung (AUK & MOA) am 13.11.2018 abgestimmt.

Beschlussvorschlag: Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung (AUK und MOA) vom 13.11.2018 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig genehmigt bei 7 Enthaltungen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 11.12.2018 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0334/WP17

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) erklärt, dass sie bei der Sitzung am 11.12.2018 nicht anwesend gewesen sei. Es wäre in der Teilnehmerliste falsch dargestellt. Der Geschäftsführer sagt eine entsprechende Anpassung zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 11.12.2018 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig genehmigt bei 6 Enthaltungen.

zu 4 Lärmschutz Driescher Hof - Beratung im Bürgerforum

Vorlage: FB 36/0343/WP17

Ratsfrau Lürken (CDU) erläutert, dass die Zuständigkeit für die Errichtung einer Lärmschutzwand bzw. die Erneuerung der Asphaltdecke nicht in die Zuständigkeit der Stadt Aachen fiele, sondern diese beim Land NRW bzw. dem Bund liege.

Sie sehe reine Prognosegutachten als nicht ausreichend an und ihre Fraktion wünsche konkrete Messungen. Eine anschließende Vorstellung der Messwerte im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz wäre wünschenswert. Eine neue, lärmindernde Asphaltdecke wäre aus ihrer Sicht als erste Maßnahme zielführend. Sie dankt der Verwaltung für die Vorlage.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) stimmt Frau Lürken zu. Sie fragt die Verwaltung, ob schon entsprechende Gespräche geführt würden und ob mögliche Lösungen bekannt seien.

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 6/16

Herr Dr. Kremer (Dez. V) erklärt, dass der Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit ein Schreiben an das Bundesministerium gesendet habe und weitere Gespräche stattfinden würden.

Herr Meiners (FB 36) ergänzt, dass die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung mit Vertretern von „Straßen NRW“ in Kontakt stünden. Die vorhandenen Möglichkeiten zur Unterstützung der Lärmschutzwand seien bei „Straßen NRW“ ausgeschöpft.

Herr Szagunn (PIRATEN) fragt, wie lange die Verfahrensdauer bei einer Lärmschutzwand bzw. einer „Flüster-Asphalt-Decke“ sei und ob die Möglichkeit bestünde, dass die Stadt Aachen ggf. für diese Maßnahmen in Vorleistung treten könne – oder ob dies rechtlich ausgeschlossen wäre.

Ratsherr Neumann (GRÜNE) begrüßt die geplanten Messungen durch die Stadt Aachen. Der Brief des Oberbürgermeisters sei ein gutes Signal. Er bittet die Verwaltung um Rückmeldung über die Reaktion auf das Schreiben und die Messdaten in einem der kommenden Ausschüsse.

Ratsherr Blum (FDP) zeigt Verständnis für die in diesem Bereich wohnenden Bürgerinnen und Bürger. Finanziell wäre diese Maßnahmen nicht allein durch die Stadt umsetzbar. Er bittet die Verwaltung jedoch um Prüfung, ob eine Kostenteilung für die Lärmschutzwand (Stadt, Land, Bund) als Kompromiss möglich sei.

Ratsfrau Lux (AfD) zeigt sich mit der in der Vorlage beschriebenen Situation nicht zufrieden. Der neu verlegte Asphalt sei keine Langzeitlösung und der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz solle eigene/weitere Messungen aktiv unterstützen. Eine permanente Belastung durch Lärm würde die Menschen krank machen und die Anwohner müssten geschützt werden. Ein einfaches Schreiben an das Ministerium sehe sie nicht als ausreichend an. Es müsse mehr Druck seitens der Stadt Aachen und der kommunalen Politik erfolgen.

Herr Özbay (Integrationsrat) lobt die Verwaltung für die Gespräche und fragt, ob in den Prognosen das Thema „E-Mobilität“ berücksichtigt wurde.

Herr Formen (NABU) spricht sich für ein Tempolimit von 100 km/h für dieses Autobahnstück aus. Die geltende Gesetzeslage würde gegen die Errichtung einer Lärmschutzwand sprechen. Er verweist darauf, dass die Lärmbelastungen in den Wohnungen hoch wären, aber noch im Rahmen des Zulässigen.

Ratsherr Deumers (LINKE) schließt sich den Aussagen der CDU-Fraktion an. Er wünsche sich ebenfalls eigene Messungen und eine entsprechende Erweiterung des Beschlussvorschlages. Die Stadt und die kommunale Politik sollten weiter aktiv nach besseren Lösungen suchen. Er hinterfragt, ob der vorhandene Asphalt auch bei Regen noch die gewünschte Wirkung hätte.

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 7/16

Herr Dr. Kremer (Dez. V) sichert zu, dass eigene Messungen durch die Stadt Aachen durchgeführt würden. Es werden weitere Gespräche erfolgen, jedoch müssten geltende Zuständigkeiten eingehalten werden; zunächst müsse die Antwort des Bundesverkehrsministeriums abgewartet werden.

Herr Meiners (FB 36) nimmt zu den gestellten Fragen Stellung. Eine Geschwindigkeitsreduzierung sei grundsätzlich geeignet, um eine Belastung zu verringern. Jedoch bliebe weiterhin das Problem der hohen LKW-Anteile auf der BAB 44, wodurch die Wirksamkeit einer Tempobegrenzung auf 100 km/h gering ausfalle. Im übrigen würde ein Tempolimit auf 100 km/h meistens nur bei Unfallschwerpunkten eingerichtet.

Da die Verkehrsmengen immer weiter anstiegen und nicht jährlich neue Berechnungen durch „Straßen NRW“ wiederholt würden, werde bei den Analysen von „Straßen NRW“ stets eine Prognose über die zukünftige Entwicklung erstellt. Messungen seien formal und grundsätzlich nicht geeignet, da diese rechtlich nicht anerkannt würden. Ferner hätte die Witterung starken Einfluss auf die Messwerte. Ein Vergleich mit älteren Messwerten könnte dennoch aufschlussreich sein.

Nasser Asphalt habe negative Auswirkungen auf die Lärmentwicklung. Bei Regen würden die Kraftfahrer (aus Sicherheitsaspekten) jedoch langsamer fahren und somit weniger Lärm generieren. Konkrete Ergebnisse gäbe es hierzu jedoch nicht.

Herr Meiners (FB 36) sehe das primäre Lärmproblem im Driescher Hof nicht in den Gebäuden. Die Richtlinien des Bundes bezögen sich auf Werte innerhalb von Wohnräumen und dort würden die Grenzwerte auch eingehalten. Ermittelte Werte in Gärten/Außenbereichen würden von „Straßen NRW“ dagegen nicht berücksichtigt, da diese Werte nicht maßgeblich für eine Sanierungsentscheidung seien.

Der Anteil der E-Mobilität müsse ca. 30% betragen, um eine leichte Reduzierung des Lärms zu generieren. Diesen Anteil könnte man definitiv nicht in den kommenden 10 Jahren erreichen.

Herr Szagunn (PIRATEN) ergänzt hierzu, dass auch Elektro-Fahrzeuge Abrollgeräusche verursachen. Er würde ebenfalls die Verwaltung bitten, ein Tempolimit (100 km/h) zu prüfen und dieses Thema nachzuhalten. Er unterstütze die Idee einer Kostenteilung. Bis dato seien leider noch kein „Flüster-Asphalt“ an diesem Streckenabschnitt vorhanden. Im übrigen sehe er eine freiwillige Leistung der Stadt Aachen nicht als Rechtsverstoß an.

Ratsfrau Lürken (CDU) ermahnt, man müsse sich an Gesetze halten und auch andere Menschen in Aachen wären (dauerhaftem) Lärm ausgesetzt. Sie sehe einige Vorschläge aus dem Ausschuss daher als unrealistisch an. Man solle den Bürgern keine Versprechen geben, die man nachweislich nicht halten

könne. Eigene Messungen, Gespräche und Maßnahmen wie z.B. der Brief an das Ministerium seien der richtige Weg.

Herr Meiners (FB 36) antwortet Herrn Formen (NABU) auf seine Frage, wie weit man noch vom Auslösewert entfernt sei, dass die Werte an diesem Autobahnabschnitt eventuell 1-3 dBA unterschritten sein dürften. Eine bewusste Erhöhung des Lärms, um den Auslösewert zu erreichen, könne keinesfalls eine Lösung darstellen.

Ratsfrau Lux erklärt für die AfD, dass schnell eine Möglichkeit gefunden und umgesetzt werden müsse. In Richtung Verwaltung bittet sie um Auskunft, wie kurzfristig eigene Messungen durchgeführt werden könnten und ob hierbei klimatische Aspekte sowie die Jahreszeiten berücksichtigt würden.

Ratsherr Blum (FDP) berichtet aus eigener Erfahrung, dass es in Deutschland viele Autobahnabschnitte gäbe, die aus Lärmschutzgründen über eine temporäre (oft auch eine dauerhafte) Tempobegrenzung verfügten.

Herr Prof. Dr. Müggenborg (CDU) erklärt, dass das Land und der Bund nur bei wesentlichen Eingriffen (z.B. Ausbau auf 3-spurige Autobahn o.ä.) an den Lärmschutz gebunden wäre.

Herr Meiners (FB 36) erinnert, dass eine Lärmsanierung durch den Bund bzw. das Land auf freiwilliger Basis erfolge. Nach einer bundeseinheitlichen Prüfung sei der Bund zunächst bereit gewesen, eine Lärmschutzwand zu errichten. Jedoch würden nach der Straßensanierung die Grenzwerte unterschritten, sodass hierzu nach Umplanung keine Notwendigkeit mehr bestanden hätte. Es handele sich somit um eine Entscheidung des Landes bzw. des Bundes im Rahmen der dargestellten Regeln.

Die Ausschussvorsitzende fasst die erfolgte Diskussion zusammen und formuliert einen erweiterten Beschlussvorschlag:

„Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht zur Kenntnis. Weiterhin beauftragt er die Verwaltung, folgende Punkte zu erfüllen:

- *Es sollen weitere, eigene Messungen durchgeführt werden.*
- *Die hierdurch erworbenen Messergebnisse sollen dem Ausschuss zeitnah mitgeteilt werden.*
- *Eine Reaktion/Antwort auf das Schreiben des OBM soll dem Ausschuss zeitnah mitgeteilt werden.*
- *Klärung mit „Straßen NRW“, was für die Einrichtung eines Tempolimits auf 100 km/h zu unternehmen ist.*
- *Erneutes Aufgreifen des Themas in einem der kommenden Ausschüsse.“*

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 9/16

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht zur Kenntnis. Weiterhin beauftragt er die Verwaltung, folgende Punkte zu erfüllen:

- Es sollen weitere, eigene Messungen durchgeführt werden.
- Die hierdurch erworbenen Messergebnisse sollen dem Ausschuss zeitnah mitgeteilt werden.
- Eine Reaktion/Antwort auf das Schreiben des OBM soll dem Ausschuss zeitnah mitgeteilt werden.
- Klärung mit „Straßen NRW“, was für die Einrichtung eines Tempolimits auf 100 km/h zu unternehmen ist.
- Erneutes Aufgreifen des Themas in einem der kommenden Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

zu 5 Ökofaire Beschaffung

Vorlage: FB 36/0342/WP17

Herr Wiezorek (FB 36) berichtet anhand einiger Folien, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind.

Ratsherr Neumann (GRÜNE) dankt der Verwaltung für den sehr guten Vortrag und erinnert, dass eine Beschaffung nicht nur „fair“, sondern auch ökologisch erfolgen sollte. Er kritisiert, dass die Verwaltung jüngst 650 Kleidungsstücke bestellt hätte, die nicht ökologisch produziert gewesen wären.

Das Problem liege eher bei der Beschaffung von „fairen“ Artikeln, so Herr Wiezorek (FB 36). Ökologische Standards würden bereits bei anderen Beschaffungen berücksichtigt. Eine Beschaffung müsse so erfolgen, dass der Markt nicht wesentlich eingeschränkt werde.

Ratsfrau Lürken (CDU) dankt Herrn Wiezorek für den guten Vortrag. Sie sehe juristische Hürden bei der Beschaffung. Sie betont, dass die Sicherheit der Einsatzkräfte auch weiterhin oberste Priorität haben müsse. Sie begrüße den Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen und wünscht, dass der Ausschuss weiterhin über die Entwicklungen informiert werde. Sie bestätigt Herrn Wiezorek in der Aussage, dass es ein steiniger Weg sei. Durch seine jahrelangen Erfahrungen könnte er dies fundiert beurteilen.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) erläutert den Unterschied zwischen persönlicher Schutzkleidung und Dienstkleidung.

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 10/16

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) regt einen Informationstausch mit dem Bürgerforum an, da der Ratsantrag hier erstmalig thematisiert wurde. Ratsherr Neumann (GRÜNE) wünscht bei Zeiten Ergebnisse und eine Rückmeldung an „Greenpeace“.

Ratsherr Corsten (CDU) verlässt zwischen 18.10 Uhr und 18.16 Uhr den Sitzungssaal.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig behandelt.

zu 6 Energie- und CO2-Bilanz 2017

Vorlage: FB 36/0344/WP17

Herr Dr. Kremer (Dez. V) empfindet die Situation als ernüchternd. Die gewünschten Schutzziele könnten, trotz vieler vorbildlicher Projekte und Maßnahmen nicht erreicht werden. Hierzu nennt er beispielhaft: die Windparks, hohe Energiestandards bei Gebäuden, altbau plus, Aktivitäten der STAWAG etc.; anderen Kommunen würde es ähnlich ergehen.

Er bedauert ausdrücklich, dass das Ziel nicht erreicht werde. Ein Grund für das Verfehlen der Ziele sei das dynamische Wachstum der Stadt. Es würden immer mehr Pendler nach Aachen ein- und ausfahren und das schwerwiegendste Problem im Klimaschutz sei immer noch der Verkehr. Die Emissionen des Verkehrs seien um 17% gestiegen und würden heute ein Drittel aller Emissionen ausmachen. Zulassungszahlen und Verbrauchszahlen gingen weiter hoch und würden eine Zielerreichung erschweren.

In den vergangenen 20-30 Jahre hätten Subventionen und Vergünstigungen das Wachstum des Individualverkehrs begünstigt. Gegenüber 1990 wäre der Anteil an den Gesamtemissionen in Aachen so von 1/5 auf 1/3 angestiegen.

Im kommunalen Konzern sei geplant, in den kommenden Jahren unter Inanspruchnahme von Fördermitteln fast 40 Mio. € in Projekte zugunsten der E-Mobilität, der Nachrüstung von Bussen, Ausbau des Radwegenetzes etc. zu investieren. Ein Drittel dieser Summe werde durch die Stadt Aachen direkt bereitgestellt.

Man werde in der Verwaltung weiter daran arbeiten und den Weg konsequent weitergehen.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) ist enttäuscht, dass das Ziel nicht erreicht werden könnte. Aufgrund rechtlicher Belange wären der Verwaltung und der Politik die Hände gebunden. Sie regt an, dieses Thema zukünftig

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 11/16

auch im Mobilitätsausschuss zu platzieren. Es wird durch Herrn Dr. Kremer (Dez. V) zugesagt, dies zu überdenken.

Ratsherr Neumann (GRÜNE) unterstütze den Vorschlag von Frau Dr. Wolf (SPD) und wünsche eine ausgiebige Förderung des Radverkehrs und des ÖPNV. Aus seiner Sicht würde die E-Mobilität die CO²-Bilanz jedoch nicht verbessern.

Herr Szagunn (PIRATEN) fragt nach Vergleichszahlen von anderen Städten und bittet die Verwaltung um Beschaffung. Herr Dr. Kremer (Dez. V) und Herr Meiners (FB 36) erklären, dass der Bilanzierung im Verkehrsbereich (anders als im Energiesektor) Grenzen gesetzt seien und andere Städte ebenfalls den Anstieg verkehrsbedingter CO²-Emissionen beklagten. Es sei schwierig, eine CO²-Bilanz für den Verkehr zu erstellen, da individuelles Verhalten statistisch nicht erfasst werden könne. Bei der Anzahl der Neuzulassungen von PKW würde Aachen im Vergleich zu anderen NRW-Städten jedoch durchaus positiv dastehen.

Ratsherr Deumens (DIE LINKE) bezweifelt, dass der Bund eine Senkung der Emissionen von 40 % bis 2020 schaffen werde. Die kommunale Politik dürfe das Auto in den nächsten Jahren nicht in den Vordergrund stellen und solle sich verstärkt um Radverkehr und ÖPNV kümmern.

Ratsherr Demmer (CDU) kritisiert die Berechnungsmethode, die für ein schlechteres Ergebnis sorgen würde. Der Lieferverkehr in den Städten würde rapide ansteigen (Onlinehandel etc.). Positiv sehe er, dass die Post 2020 alle Fahrzeuge auf E-Mobilität umstellen werde und die in Aachen erlassene Parkgebührenverordnung sowie die Stellplatzverordnung würden sich positiv auswirken.

Frau Feilgenhauer vom Seniorenrat führt an, dass es für ältere Menschen wichtig wäre, einen flexiblen und guten ÖPNV nutzen zu können. Viele Senioren würden bewusst das private Fahrzeug abschaffen. Jedoch sei die momentane Preisentwicklung im ÖPNV erschreckend.

Ratsherr Corsten (CDU) erinnert, dass Aachen auch einen großen Anteil von jungen Menschen habe (RWTH etc.) und die topografischen Umstände in Aachen das Radfahren für ältere Menschen erschweren würde. Eine Nutzung des ÖPNV sei immer noch günstiger als die Unterhaltung/Anschaffung eines privaten PKWs. Er rechtfertige die Preissteigerungen, da somit der Service und die Qualität verbessert werden könne.

Abschließend wünsche er dieses Thema ebenfalls in den Mobilitätsausschuss einzubringen, da jede Verkehrsentscheidung Auswirkungen auf die entstehenden Emissionen und die Nutzung des ÖPNV hätten.

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 12/16

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) erweitert den vorliegenden Beschlussvorschlag wie folgt:

„Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und wünscht, dass der Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen sich ebenfalls mit dieser Thematik auseinandersetzt.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und wünscht, dass der Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen sich ebenfalls mit dieser Thematik auseinandersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

zu 7 Biologische Vielfalt in Aachens Agrarlandschaft erhalten

Ratsantrag der GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Aachen vom 06.02.2017 (Nr. 247/17)

Vorlage: FB 36/0345/WP17

Herr Knörzer (GRÜNE) dankt der Verwaltung für die Vorlage und erläutert dem Ausschuss die Intention des eingereichten Ratsantrages Nr. 247/17. Er erachte es als sinnvoll, einen Ansatz zu finden, dass die Flächen an die Ränder der agrartechnisch genutzten Felder gelegt würden.

Notwendige Wanderwege müssten auf jeden Fall erhalten bleiben und der Einsatz erforderlicher Maschinen im Aachener Stadtbetrieb würde durch seine Fraktion begrüßt. Er fragt die Verwaltung, wann mit der Anschaffung neuer Maschinen zu rechnen sei.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) begrüßt die laufenden/geplanten Maßnahmen und hinterfragt, ob die Übersicht der Wege mit dem Katasterplan abgeglichen werde.

Herr Wiezorek (FB 36) erklärt, dass bereits dieses Jahr (und in den kommenden Jahren weitere) Musterflächen geschaffen würden. Im Bereich des Aachener Nordens gäbe es in der Landwirtschaft diesbezüglich noch Potentiale.

Die angefragten Maschinen schaffe der Aachener Stadtbetrieb noch in 2019 an.

Die betroffenen Flächen könne man EDV-unterstützt abgleichen und selbstverständlich würden notwendige Wanderwege vorrangig berücksichtigt. An einem Abgleich würde seitens der Verwaltung bereits aktiv gearbeitet. Eine Vorstellung der Ergebnisse sage er für eine Sitzung in 2020 dem Ausschuss zu.

Landwirte würden aktiv mit einbezogen, um so möglichst große Flächen zurückgewinnen zu können.

«SINAME»

Ausdruck vom: 12.03.2019

Seite: 13/16

Ratsherr Corsten (CDU) dankt für die Vorlage. Er sehe die Maßnahmen auf einem guten/richtigen Weg und wäre erfreut über die Zusammenarbeit mit der RWTH Aachen.

Ratsfrau Lürken (CDU) erklärt anhand des Beispiels „Vennbahntrasse“, dass aus ihrer Sicht nicht alle der häufig durchgeführten Mähvorgänge nötig seien.

Ratsherr Neumann (GRÜNE) kritisiert, dass die Landwirte über Jahre hinweg Flächen widerrechtlich nutzen würden. Eine erneute Abgrenzung sei wichtig und nötig. Neben dem positiven Effekt für die Artenvielfalt wäre eine erneute Kontrolle der in Frage kommenden Flächen sinnvoll.

Herr Wiezorek (FB 36) betont, dass es keinen konkreten Zielwert für den Anteil extensiv genutzter Flächen gäbe. Jedoch würden durch den neuen Landschaftsplan stadteigene Flächen hierfür bereit gestellt und zum Teil auch als Ausgleichsflächen genutzt werden. Die Verwaltung würde alles umsetzen, was rechtlich zulässig /möglich sei.

Herr Formen regt an, dieses Thema auch in den Naturschutzbeirat zu platzieren. Ferner bitte er, Projekte, die über Ersatzgelder finanziert würden, im Landschaftsbeirat rechtzeitig bekannt zu geben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, in 2020 über den weiteren Fortgang des Projektes zu berichten.

Der Ratsantrag Nr. 247/17 vom 06.02.2017 gilt hiermit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 8 Inklusives Spielen – Einrichtung einer Rollstuhlfahrschaukel - hier Ratsantrag der Ratsfrau Lux, AfD, vom 16.10.2018 (Nr. 404/17)

Vorlage: FB 36/0340/WP17

Ratsfrau Lux (AfD) zeigt sich enttäuscht über die Vorlage der Verwaltung. Der ursprüngliche Ratsantrag hätte sich auch auf die Parkanlagen bezogen, auf die jedoch nicht eingegangen würde.

Das Spielplatzkonzept werde durch die AfD begrüßt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ratsantrag Nr. 404/17 vom 16.10.2018 gilt hiermit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

zu 9 Mehr Trampoline auf öffentlichen Spielplätzen

Ratsantrag der Allianz für Aachen vom 03.07.2018 (Nr. 376/17)

Vorlage: FB 36/0341/WP17

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ratsantrag Nr.376/17 vom 03.07.2018 gilt hiermit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil vor.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) schließt um 18.56 Uhr die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.